

Pressegespräch, 23.01.2017, Berlin

Mit Trump, trotz Brexit: Wie die EU zu retten ist

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort

1. Europäische Union in einer existentiellen Krise

Schon oft seit Beginn des Integrationsprozesses von 66 Jahren hat sich Europa in einer Krise befunden und nicht selten hat die Phantasie gefehlt, wie der nächste Schritt aussehen könnte. Auch Phasen des Stillstands waren zu verzeichnen. Eine wirklich existenzielle Krise, wie wir sie derzeit erleben, gab es indes noch nicht. Die in den vergangenen 66 Jahren als unvorstellbar angesehene Rückabwicklung der europäischen Einigung droht im Jahr 2017 Realität zu werden, jedenfalls war die Wahrscheinlichkeit nie zuvor so groß. Wir müssen das für undenkbar Gehaltene denken.

Der Rückblick auf das Jahr 2016 zeigt, wie die Fundamente des Selbstverständlichen in Europa brüchig wurden:

- Das Brexit-Referendum schaffte Fakten ganz eigener Dimension. Die gefühlten Verlierer der Globalisierung begeherten auf, sie richteten ihre Wut und ihre empfundene Ohnmacht gegen die Londoner und stellvertretend gegen die Brüsseler Eliten. Der avisierte Austritt des Vereinigte Königreichs (UK) wird das Vorwärtsintegrieren der EU nicht nur aufhalten, sondern erstmals zurückdrehen.
- Als sich die Unruhe über den anstehenden Brexit etwas gelegt hatte und die größten Sorgen um einen wirtschaftlichen Einbruch verfliegen waren, wurde Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt. Auch er machte sich – wie die Brexiteers – mit seiner postfaktischen Populismus-Strategie die neue Woge von Unzufriedenheit mit Globalisierung

und Eliten zunutze. Seine Wahl wirkt in Europa wie ein Brandbeschleuniger.

- Schließlich scheiterte in Italien das Referendum über einen (sinnvollen) Umbau des politischen Systems und schwächte den kranken Mann Europas weiter. Weil Italien Gründungsmitglied der EU ist und als großes Land die Europäische Währungsunion (EWU) ins Wanken bringen kann, wenn es strauchelt, ist auch dies ein bedenklicher Tiefschlag für Europa.

Der Ausblick auf das noch junge Jahre 2017 macht deutlich, wie groß das Risiko ist, dass Europa tatsächlich auseinanderbricht. Der europäische Wahlkalender macht 2017 zu einem Schicksalsjahr: Am 15. März gehen in den Niederlanden 17 Millionen Bürger zu Wahl, und die Anti-Europäer der Freiheitspartei liegen nach den Umfragen vorne. Am 23. April und am 7. Mai in der Stichwahl wählt Frankreich einen neuen Präsidenten. Auch hier haben die Anti-Europäer der Front National großen Einfluss. In Italien wird es vermutlich Neuwahlen geben, die Fünf-Sterne-Bewegung ist trotz der jüngsten Turbulenzen und der Enttäuschung über die 5S-Bürgermeisterin in Rom stark.

Der Nihilismus der Europaablehnung offeriert zwar keine Lösungen, scheint aber für viele Wähler gleichwohl attraktiv zu sein. Vielfach wird der Frust über die nationalen Probleme an Europa adressiert. Ein entsprechendes Wahlergebnis in einem dieser Kernländer Europas reicht aus, um das Ende dieser Europäischen Integration einzuläuten.

Brexit und Trump setzen die Europäische Union unter Druck, die durch Putin und die Flüchtlingskrise ohnehin schwer unter Anspannung geraten ist. Und die Rechtspopulisten fordern die Union von innen heraus, weil sie dadurch Erfolg wittern. So steht die EU vor der großen Herausforderung, eine weitere Desintegration zu verhindern und eine neue Legitimität zu schaffen.

- Dazu geht es einerseits um drei konkrete Handlungsfelder: Den Brexit auf die richtige Spur zu setzen, eine erneute Eskalation der Euro-Schuldenkrise durch Turbulenzen in Griechenland oder Italien zu vermeiden und den ultraexpansiven Kurs der Geldpolitik zu korrigieren. (2. – 4.)
- Andererseits und sehr grundsätzlich muss für die Europäische Union eine neue Integrationsperspektive eröffnet werden, die aus dem vermeintlichen Gegeneinander von Nationalstaaten und EU herausführt. Das integrierte Europa muss durch Offenheit und Stärke nicht nur Handlungsfähigkeit auf dem Kontinent demonstrieren, sondern in der Welt das Prinzip offener Märkte gegen den aufkommenden Protektionismus verteidigen. (5. + 6.)

Mit der Europäischen Union steht auch die Friedensordnung auf dem Spiel. Die Populisten lassen nicht erkennen, welche Ordnung sie wollen. Die Rückkehr zu ungebundenen Nationalstaaten führt jedenfalls geradewegs in jene Konfliktrichtigkeit zurück, die historisch allzu bekannt ist.

2. Brexit-Kurs halten: EU-Desintegration verhindern

Es geht darum, die Weichen für den Brexit richtig zu stellen. Die EU sollte fair mit dem UK verhandeln, ein Rosinenpicken der Briten verhindern, um eine weitere Desintegration durch Nachahmer zu verhindern. An Grundprinzipien der Integration – den vier Grundfreiheiten – darf nicht gerüttelt werden.

Das Vereinigte Königreich (UK) will aus dem Binnenmarkt und der Zollunion austreten, aber mit einem umfassenden Freihandelsabkommen zugleich einen weitgehenden Zugang zu den EU-Absatzmärkten behalten. Das machte Premierministerin Theresa May in ihrer Rede am vergangenen Dienstag deutlich. Es ist jedoch fraglich, wie sehr sich die EU darauf einlässt. In London herrschte längere Zeit noch die Vorstellung, dass sich die deutsche Wirtschaft wegen ihres großen Warenhandelsüberschusses mit dem UK mit Nachdruck für eine großzügige Behandlung der Briten einsetzen würde. Manche glauben, der Binnenmarktzugang könnte daher trotz der Einschränkung der Zuwanderung und der Lossagung vom Europäischen Gerichtshof erhalten bleiben. Doch das ist eine Illusion. Das macht unsere jüngst durchgeführte Umfrage bei knapp 2.900 deutschen Unternehmen deutlich:

- Demnach sehen sich mehr als neun von zehn deutschen Firmen in ihren Geschäftstätigkeiten für 2017 und darüber hinaus nicht stark von dem bevorstehenden Brexit betroffen. Deutliche Beeinträchtigungen von Investitionen oder

Beschäftigung sehen nur 2 bis 3 Prozent der befragten Betriebe. Das sind homöopathische Größenordnungen.

- Bei den Exporten nach UK sind noch die größten negativen Effekte zu verzeichnen. Im Durchschnitt sieht sich aber auch hier nur jedes zehnte Unternehmen von einer Abwertung des britischen Pfundes stark betroffen. Selbst unter den großen Firmen mit über 500 Beschäftigten, die internationaler als KMU aufgestellt sind, sagt dies nur eines von fünf Unternehmen. Doch nur 2 bis 4 Prozent von diesen erwarten deutlich negative Wirkungen auf Investitionen und Beschäftigung – vernachlässigenswert wenige.
- Wenn wir den Blick auf die Kategorie geringer Brexit-Wirkungen lenken, sehen wir zwar höhere Anteile von erwarteten negativen Effekten. Erneut gilt dies vor allem für die Exporte nach UK. Hier sehen sich bis zu 30 Prozent aller befragten Unternehmen leicht betroffen. Von den großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten erwarten rund 40 Prozent eine leichte wechselkursbedingte Exportbeeinträchtigung, bei den kleinen und mittleren Betrieben sind es rund 26 Prozent.
- Demgegenüber ist aber bemerkenswert, dass 22 Prozent der Firmen leichte und 2 Prozent sogar große Vorteile für ihre Geschäftstätigkeit durch Umlenkungseffekte zulasten der britischen Wirtschaft erwarten, also dass bisherige EU-Käufer britischer Waren aufgrund von neuen EU-Importhemmnissen nach dem Brexit nicht länger im UK kaufen, sondern stattdessen Produkte deutscher Firmen nachfragen.

- Grundsätzlich erwarten – wenig überraschend – Industriefirmen stärkere Auswirkungen des Brexit als Dienstleister.

Der Brexit wird den Briten mehr schaden als der deutschen Wirtschaft und dem Rest der EU: Wir haben mit einer Meta-Studie im vergangenen Frühjahr herausgearbeitet, dass der britische Wohlstand bei einem harten Brexit längerfristig um bis zehn Prozent und mehr sinken könnte. Und auch wenn der Brexit an der deutschen Wirtschaft nicht spurlos vorbeigehen wird, so ist der Zusammenhalt der EU wichtiger als mögliche faule Kompromisse zur Sicherung der deutschen Exporte.

In London wird es Zeit, Illusionen abzulegen. Die Rede von Theresa May war überfällig, ließ aber weiterhin viel offen. Es war nicht mehr als der unvermeidbare erste Spielzug in einem längeren Verhandlungsspiel. Die inhärente Drohung, ein anderes Wirtschaftsmodell zu wählen, dient angesichts erodierter industrieller Basis und eines Verzichts auf den „financial passport“ vor allem der eigenen Beruhigung. Man wird sehen, wie schnell sich UK mit dem möglichen WTO-Status arrangieren kann. Ein neues Wirtschaftsmodell folgt daraus noch nicht. Auch ein Niedrigsteuerstandort lebt letztlich von einer überzeugenden Wirtschaftsstruktur.

Für alle gilt: kurzfristiger oder einseitiger ökonomischer Vorteil trägt nicht weit. Es gilt der Primat der Politik.

3. Euro-Schuldenkrise nicht wieder eskalieren lassen

Als zweiten Aufgabenblock bei den kurzfristigen internen Hausaufgaben für 2017 muss die EU verhindern, dass die Euro-Schuldenkrise wieder aufflammt, was in Griechenland oder Italien der Fall sein könnte.

Mit Blick auf Griechenland geht es darum, den beginnenden Aufschwung abzusichern und gleichzeitig die Reformumsetzung hinreichend sicherzustellen. Die Prognosen sehen für 2017 eine Rückkehr des Wachstums, nachdem der ökonomische Einbruch in den letzten beiden Jahren geringer ausfiel als zwischenzeitlich befürchtet.

Doch verbleiben Risiken. Sollte es zu größeren Problemen beim Abschluss der zweiten Reformüberprüfung im dritten Hilfsprogramm kommen, könnte wieder große Unsicherheit angesichts eines drohenden Staatsbankrotts und eines Euro-Austritts resultieren. Denn in den nächsten Monaten und vor allem im Juli stehen nennenswerte Schuldentrückzahlungen an, die Griechenland ohne weitere Hilfgelder möglicherweise nicht leisten kann.

Zwar kam es im Dezember zu Irritationen mit den Euro-Partnern wegen nicht abgesprochener Sonderzahlungen an Rentner mit geringen Renten. Doch spricht einiges dafür, dass der zweite Review letztlich doch so bald erfolgen wird, dass keine größere Unruhe aufkommt:

- Beide Seiten dürften wie beim recht geräuscharmen ersten Review im letzten Frühsommer daran interessiert bleiben, eine Eskalation zu verhindern.
- Die drohenden Liquiditätsengpässe lassen der griechischen Regierung wenig Spielraum für weitere ähnliche Manöver wie im Dezember.
- Die europäischen Partner und die EZB stellen derzeit Schuldenerleichterungen, einen weiteren Abbau der Kapitalverkehrskontrollen und eine Aufnahme griechischer Staatsanleihen in das Ankaufprogramm der EZB in Aussicht. Diese Zugeständnisse wird es nur geben, wenn Athen kooperiert. Um dies zu gewährleisten, sollte ein erfolgreicher zweiter Review zur expliziten Voraussetzung für diese erleichterten Maßnahmen gemacht werden.

Und selbst wenn es in Griechenland doch holpriger zugehen sollte, dürften etwaige Ansteckungseffekte auf den Rest des Euroraums wie schon 2015 begrenzt bleiben.

Das gilt nicht für Italien, das für den Euroraum zweifellos als systemrelevant anzusehen ist. Hier geht es darum, die Wirtschaft wieder besser in Schwung zu bringen, damit sich die in den letzten Jahren ergriffenen Reformen auszahlen. Ein solcher Erfolg würde wohl den Anteil der Protestwähler wieder sinken lassen und die Gefahr mindern, dass die euroskeptische Fünf-Sterne-Bewegung bei den nächsten Wahlen an die Macht kommt.

Ein dynamischeres Wachstum wird aber erst in Gang kommen, wenn endlich im italienischen Bankensystem aufgeräumt wird. Banken und Unternehmen sind zu sehr mit Altlasten der jahrelangen Wirtschaftskrise belastet. Sie drohen zu Zombies zu werden, die nicht fähig sind, neue Investitionen zu finanzieren.

Die Finanzaufsicht hat daher zu Recht den Druck erhöht, um das lange verschleppte Problem der notleidenden Kredite im Bankensystem endlich zu lösen. Nach dem Referendum und deutlich vor den nächsten Wahlen ist dazu ein Zeitfenster aufgegangen, das konsequent genutzt werden muss. Dabei dürfen freilich die neuen Regeln der Bankenunion, insbesondere die Bail-in-Regeln, nicht ausgehebelt werden.

Eine vorsorgliche Rekapitalisierung von Banken über den Staatshaushalt ist zwar grundsätzlich nach den Regeln für die Eurozone möglich, aber an klare Bedingungen – die betreffenden Institute sind prinzipiell solvent, ihre Stützung verhindert einen systemischen gesamtwirtschaftlichen Schock – gebunden. Die Bankenunion erlebt somit in Italien ihren ersten Test auf Glaubwürdigkeit. Der muss gelingen.

4. Ende der ultraexpansiven Geldpolitik einleiten

Der dritte Hausaufgabenblock für 2017 liegt bei der Europäischen Zentralbank und besteht in der Einleitung einer geldpolitischen Wende. Der Euroraum wächst seit längerem moderat, aber stetig. Wichtige Konjunkturindikatoren zeigen weiter nach oben. Geldmengenwachstum und Kreditvergabe haben sich deutlich erholt. Die Inflation zieht angesichts steigender Energiepreise im Vorjahresvergleich langsam an und die Inflationswartungen am Finanzmarkt sind deutlich gestiegen. Damit entfällt das Argument der Deflationsgefahr, mit dem das Umschalten von einer sehr expansiven auf eine ultraexpansive Geldpolitik vornehmlich begründet wurde.

In diesem Umfeld rücken die Gefahren stärker in den Vordergrund, die vom ultraexpansiven geldpolitischen Kurs für die Finanzstabilität ausgehen. Zum einen geht es dabei um das steigende Risiko kreditgetriebener Vermögenspreisblasen. Hier darf die Geldpolitik die Finanzstabilität nicht allein der Finanzaufsicht überlassen. Zum anderen geht es darum, die Belastung von Banken und Versicherungen durch die extremen Niedrigzinsen stärker zu berücksichtigen, um diese Säulen des Finanzsystems nicht weiter zu schwächen.

Aus diesen Gründen sollte die EZB bei Fortgang der wirtschaftlichen Erholung noch im ersten Quartal 2017 damit beginnen, die Anti-Deflationsmaßnahmen zurückzunehmen. Vor allem sollte sie

- den negativen Einlagenzins für Banken zunächst um 0,2 Prozentpunkte anheben und in einem baldigen zweiten Schritt zumindest auf null setzen;
- den Leitzins (Hauptrefinanzierungssatz) von Null auf 0,1 und in einem baldigen Schritt auf 0,25 Prozent erhöhen;
- das (übereilt verlängerte) Anleihekaufprogramm der EZB zum Jahresende 2017 wie avisiert wirklich auslaufen lassen und dies im Frühjahr auch schon bekanntgeben; zudem könnten das monatliche Volumen schneller reduziert werden;
- bei einem möglichen raschen Anstieg der Inflation gegebenenfalls auch stärker gegensteuern.

Die Rücknahme der Anti-Deflationsmaßnahmen stellt noch keine grundsätzliche Zinswende dar – verstanden als Beginn einer Zinserhöhungsphase. Doch auch für diesen Schritt würde im Jahresverlauf 2017 die Zeit näher rücken. Wenn sich die Wirtschaft im Euroraum bis Ende 2017 weiter erholt, wäre Anfang 2018 – mit gewissem Abstand zum Auslauf des Anleihekaufprogramms – ein geeigneter Zeitpunkt dafür gekommen. Den Bedenkenträgern, die eine Zinswende scheuen, ist dabei zu sagen: Die Geldpolitik würde dabei noch länger expansiv bleiben, lediglich das Ausmaß der extremen Expansion würde allmählich abgebaut.

Eine Zinswende müsste freilich allein wegen der hohen privaten und öffentlichen Verschuldung in einigen Ländern der Eurozone kommunikativ gut und frühzeitig vorbereitet werden. Denn es geht darum, eine Überraschung des Finanzmarktes

und mögliche Turbulenzen zu vermeiden. Zudem muss verhindert werden, dass die Wirtschaft zu heiß läuft und schließlich aufgrund der langen Wirkungsverzögerung der Geldpolitik sehr schnelle und deutliche Zinserhöhungen nötig sind. Dies könnte angesichts des privaten und staatlichen Schuldenüberhangs die Schuldentragfähigkeit gefährden.

Es kommt ferner darauf an, bald die Markterwartungen vor allem am langen Ende der Zinsstrukturkurve zu ändern. Damit gilt es zu verhindern, dass sich die Finanzmarktakteure bei ihren langfristigen Ausleihungen zu stark an die aktuellen extremen Niedrigzinsen binden und damit anfällig für eine Zinswende werden.

Mit dem Verschwinden der Deflationsgefahr erhält die Europäische Zentralbank den Freiraum zurück, vor allem geldpolitisch zu agieren. Die volkswirtschaftlichen Strukturprobleme kann sie nicht lösen, noch nicht einmal abfedern. Insofern läutet das Ende der Niedrigzinsphase auch eine Normalisierung im wirtschaftspolitischen Rollenverteilung (Assignment-Problem) ein.

5. Protektionismus vor allem für uns gefährlich

Gerade im sehr offenen und exportbasierten deutschen Geschäftsmodell würde es unseren Wohlstand bedrohen, wenn Abschottung in der Weltwirtschaft immer mehr zur Regel würde. Die Parole „America First“ zeugt von einem neuen Geist des Nationalismus und Unilateralismus, der auch durch Europa spukt. Denken wir nur an die industriepolitischen Anwendungen, nationale Champions zu schmieden und Produktionsverlagerung zu verhindern. Ökonomen wissen, dass sich mit Protektionismus auf lange Sicht kein Wohlstand sichern lässt. Doch kurzfristige Erfolge können möglich sein und den ohnehin globalisierungsskeptischen Menschen den Eindruck vermitteln, dass die Trumps dieser Welt den vermeintlich richtigen Kurs – mit der richtigen Sprache – fahren.

Trotz fast sieben Dekaden Handelsliberalisierung seit Beginn des GATT 1948 ist die Gefahr groß, dass in unserer Zeit das Rad erstmals ernsthaft zurückgedreht wird. Der Nährboden für Protektionismus und Beggar-thy-Neighbour-Politik ist da:

- Das globale Wachstum ist schon länger anämisch. In vielen Sektoren – nicht nur im Stahlbereich – bestehen Überkapazitäten. Der starke Konkurrenzdruck aus China wird nicht nur in den USA als Überforderung empfunden.
- Die Verteilungsfolgen offener Märkte und globaler Arbeitsteilung sind in vielen Volkswirtschaften mit unzureichenden praxisnahen Ausbildungsangeboten und ebenso un-

zureichender Weiterbildung ein lange unterschätztes Problem. Gerade die Menschen in den Industrieländern mit geringer beruflicher Qualifikation fühlen sich nicht nur als Opfer der Globalisierung, sondern sind vielfach auch ohne Perspektive.

Gerade in jenen Ländern, in denen sich – wie in den USA, im UK oder auch in Frankreich – enorme regionale Ungleichgewichte aufgetan haben, steht die Wirtschaftspolitik vor der Herausforderung, jahrzehntelange Versäumnisse oder Fehlsteuerungen zu korrigieren. Das führt leicht zu den ökonomisch falschen Ideen des Protektionismus und der Abschottung, die immerhin das Publikum beeindrucken.

So will Donald Trump das Handelsdefizit der USA bekämpfen und der US-Industrie zu neuer Stärke verhelfen. Doch was er in seiner Polemik übersieht, ist die Kehrseite der Medaille – das Handelsdefizit geht nämlich mit Nettokapitalzuflüssen in Milliardenhöhe jedes Jahr einher. Die Verbindlichkeiten der USA gegenüber dem Rest der Welt übersteigen die Forderungen um mehr als 7 Billionen US-Dollar.

Hierbei spielen Direktinvestitionen eine wichtige Rolle – und fast 60 Prozent der Direktinvestitionen kommen aus Mitgliedstaaten der EU. Die EU ist somit an der Finanzierung der Investitionstätigkeit und des Wirtschaftswachstums der Vereinigten Staaten mitbeteiligt und die US-Wirtschaft hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil ihres Wohlstandes den internationalen Investoren zu verdanken. Abschottung würde

die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie, die laut einer Studie des MIT von 2013 („Making in America“) ohnehin begrenzt ist, weiter beschädigen, die Konsumenten über höhere Preise und schlechtere Qualität schädigen sowie das Außenhandelsdefizit weiter erhöhen.

Sollte es wirklich zu scharfen protektionistischen Maßnahmen in den USA kommen, wäre Deutschland stark betroffen: Für Deutschland sind die USA gemessen an den Exportumsätzen der wichtigste Markt weltweit. Etwa 9,5 Prozent der deutschen Warenexporte entfallen auf die USA – in der Pharmaindustrie sind es sogar 19 Prozent, in der Automobilindustrie 15 Prozent. Da die Exporte von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen fast ein Fünftel der gesamten Warenexporte Deutschlands ausmachen, ist dies eine Achillesferse, über die wir es besonders heftig zu spüren bekommen würden, wenn der angekündigte protektionistische Kurs umgesetzt würde. Nichts kann derzeit ausgeschlossen werden. Dies gilt umso mehr, wenn dazu noch ein sicherheitspolitisches Vakuum droht, weil nicht klar ist, wie sehr sich die USA weiterhin in der NATO engagieren werden.

Die Welthandelsorganisation WTO dient mit ihren Regeln zwar als Bollwerk gegen eine Erhöhung von Handelsbarrieren auf breiter Front. Doch wie die Malaise der Doha-Runde zeigt, ist auch die WTO angeschlagen. Multilateralismus ist kein stabiles Gleichgewicht, da sich einzelne große Länder durch Protektionismus kurzfristig Vorteile auf Kosten der an-

deren verschaffen können. Wenn sich die größte Wirtschaftsnation von der WTO abwenden sollte, droht das Welthandelssystem aus der Balance zu geraten.

Die „America first“-Strategie von Donald Trump könnte genau darauf hinauslaufen. Denn er will lieber auf bilaterale als auf multi- oder plurilaterale Handelsabkommen setzen. Auf diese Weise können die USA gegenüber kleineren Partnern ihre volle Macht ausspielen und werden nicht – wie in der WTO oder auch durch Verträge und Abkommen wie beispielsweise TTIP – von unliebsamen Wohlverhaltensregeln eingeengt, die die Starken disziplinieren und die Schwachen schützen.

Darüber hinaus geht es dem neuen amerikanischen Präsidenten offenbar darum, keine Abkommen mehr mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu schließen, um Niedriglohnkonkurrenz in den USA einzudämmen. Vor allem aus diesem Grund hat er sich vom Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) distanziert. Zwar verhindert er damit in wirtschaftlicher Hinsicht, dass Staaten wie Vietnam oder Malaysia besseren Zugang zum US-Markt bekommen. Er gibt jedoch mit der asiatisch-pazifischen Region eine wichtige Einflussphäre preis und schwächt damit die USA geopolitisch. China, das bei TPP außen vor war, wartet nur darauf, mit der „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP) in diese Lücke zu stoßen – und dann die USA auszuschließen.

Die Schwierigkeiten, die Globalisierung zu vermitteln und ihre Akzeptanz zu stärken, haben ohne Zweifel mit der Finanz-

und Wirtschaftskrise 2009 zu tun. Sichtbar wurde damals, dass sich in weiten Teilen der Wirtschaftselite die normative Verankerung der Globalisierung aufgelöst hat, trotz all der Erbauungstreffen in Davos und andernorts. Wenn unternehmerische Freiheit und Verantwortung, wenn Flexibilität und Regelgerechtigkeit, wenn Nachhaltigkeit und Risikobereitschaft in keinem angemessenen Verhältnis mehr zu einander stehen, dann muss man sich über die Globalisierungskritik in weiten Teilen der Bevölkerung – nicht nur bei Attac & Co. – nicht wundern. Wer China wegen kürzerer Verfahren und weniger Störung durch andere pluralistische Interessen zum Modell erhebt, der sollte wissen, dass er damit das Ansehen der Marktwirtschaft schädigt.

Unternehmer und Unternehmensmanagement müssen jetzt Haltung zeigen und unserer normativen Verankerung der Globalisierung – Freiheit und Recht, Menschen- und Bürgerrechte, Volkssouveränität und Demokratie, Verfahrenssicherheit statt Willkür – glaubwürdig Rechnung tragen. Unternehmer und Unternehmensmanagement müssen in diesem Sinne ebenso den betriebswirtschaftlichen Bedingungen gegenüber willkürlichem politischen Druck, wie er von Trump ausgeübt wird, standhalten.

6. Europa als Chance statt Überforderung

Wohin würden eigentlich all die Unzufriedenen in Europa ihren Zorn, ihre Verärgerung und ihre Ablehnung richten, wenn es die Europäische Union nicht gäbe? Denn die Probleme, die es gibt, die gäbe es vielleicht in abgewandter Form, doch im Grundsatz genauso:

- Die Wachstumsschwäche und hohe Arbeitslosigkeit der Krisenländer in der Eurozone resultiert aus angebotspolitischen Versäumnissen und nachfragepolitischen Überdehnungen; die gemeinsame Währung lässt dies nur schärfer zu Tage treten und verlangt ehrlichere Antworten. Die Abwertungen früherer Jahrzehnte machen deutlich, dass dieses Instrument nie nachhaltig zu einer Besserung der Lage in den Krisenländern geführt hat.
- Der Migrationsdruck nach Europa ist nicht in Europa verursacht, aber Europa könnte ihm immerhin mit kraftvoller Tat aus moralischer Überzeugung und ökonomischer Stärke Rechnung tragen. Gäbe es die Union und die Perspektive der gemeinsamen Sicherung der Außengrenzen nicht, müssten umfangreiche nationale Grenzregime entwickelt werden, die den Binnenmarkt zerstören würden. Die Staaten werden noch spüren, dass sie allein nicht angemessen werden reagieren können.
- Viele politische Irritationen, die von Brüssel ausgehen, haben auch damit zu tun, dass auf unehrliche Weise die europäische Politik zur Durchsetzung innenpolitischer Interessen in den Mitgliedsstaaten genutzt wird. Zudem fällt

auf, dass europäische Politik ungleich schärfer und erbar-
mungsloser kritisiert wird als die nationale Politik – eine
aus Sicht der Regierungen wünschbare Entlastung.

Gleichwohl gilt: Egal wie das Schicksalsjahr 2017 ausgeht,
die Europäische Union wird sich wandeln müssen, und zwar
unabhängig davon, ob die Auflösungsdrohung im Raum steht
oder nicht.

Die Zielvorgabe „towards an ever closer Union“ ist insofern
aufzugeben, als sie auf den Gegensatz von Nationalstaat und
europäischer Integration abzielt. Die offenkundige Suche der
Menschen nach Identität kann nicht allein in der Distanz ge-
löst werden. Nation und Nationalstaat als Anker und Heim-
statt der Identität sind für Europa zu mobilisieren und nicht
Europa gegen diese. Die Mantra-hafte Forderung nach einer
immer engeren Union ist für die Menschen keine Verheißung,
sondern eine Überforderung. Zudem suggeriert sie, dass un-
abhängig von konkreten Sachzusammenhängen die europäi-
sche Einigung die Lösung aller Probleme ist. Diese Überfor-
derung hat sich als kontraproduktiv erwiesen.

Europaweite öffentliche Güter sind entsprechend in den Mit-
telpunkt der Integration zu stellen. Nur mit einem Maß über-
zeugender Einigkeit kann Europa im Konzert der G2 mitspie-
len, so dass es bei den großen Drei bleibt.

- Das verlangt die vier Grundfreiheiten; jegliche Einschrän-
kung verbietet sich. Nur wenn Europa dazu unverrückbar
steht, wird es gelingen, in der Welt mit starker Stimme für

Freihandel und Freizügigkeit einzutreten. CETA wird dann mit Leben zu füllen sein und TTIP gewinnt nur so eine neue Chance.

- Die Arbeitnehmerfreizügigkeit bedingt keineswegs eine direkte und unkonditionierte Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme. Der mit dem Vereinigten Königreich im Frühjahr 2016 gefundene Kompromiss, aber auch die Regeländerungen in Deutschland machen dies deutlich.
- Die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Menschen sind in Zeiten des globalen Terrors nicht national zu befriedigen. Innere und äußere Sicherheit greifen immer mehr ineinander, wie Cybersecurity und Cyberwar deutlich machen. Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion ist deshalb geboten, ebenso mit Blick auf die Sicherung der Außengrenzen. Sollten die USA sich aus der NATO zurückziehen oder ihre Engagement spürbar reduzieren, führt ohnehin kein Weg an einer Bündelung der Kräfte vorbei.
- Davon kaum zu entkoppeln ist die Organisation eines digitalen Binnenmarktes 2.0, weil die Standards und Verfahren der digitalen Transformation im globalen Wettbewerb nur europäisch zu etablieren sind und weil sie in erheblichem Maße auch Fragen der Datensouveränität und Datensicherheit betreffen.
- Für die soziale Abfederung sind Best-Practice-Lösungen europaweit zu verankern, die sich am Prinzip der Flexicurity orientieren. Dazu ist das Europäische Semester noch besser zu nutzen. Die belastende Jugendarbeitslosigkeit

wird nur dann effektiv durch die Duale Berufsausbildung zu bekämpfen sein, wenn in den anderen europäischen Ländern die Unternehmer begreifen, dass sie den zweiten Teil des Systems tragen müssen.

Insofern liegt in der Bratislava-Roadmap ein realistischer Kern, der konsequent in den Mittelpunkt der Integrationspolitik zu stellen ist. Die Botschaft lautet: Europa nicht nur zu einer Region nachhaltigen Wohlstands zu machen, sondern ebenso zu einer Region, die die Sicherheitswünsche ihrer Bürger glaubwürdig erfüllen kann. Stellt man diese Perspektive neben den Nihilismus der Populisten, stellt man die Aussicht auf friedliches kooperatives Europa neben die auf Abschottung, dann sollte die Wahl klar sein. Gehen wir kritisch und fair mit Europa um, alles andere wird uns dauerhaft teuer zu stehen kommen.